

Deutschlands Digitalisierung – endlich in Bewegung?

Veröffentlicht: 4. Juni 2025 auf LinkedIn

<https://www.linkedin.com/pulse/deutschlands-digitalisierung-endlich-bewegung-uwe-schroeder-wildberg>

„Viel zu lange haben wir in Deutschland Digitalisierung und KI als eine Aufgabe betrachtet, um die man zwar nicht herumkommt, die aber nicht unbedingt oberste Priorität hat. Das gilt für die Wirtschaft ebenso wie für die öffentliche Hand – Ausnahmen bestätigen die Regel. Nun liegen die Hoffnungen auf dem 500-Mrd.-Euro-Paket für die Modernisierung der Infrastruktur. Ein Vorhaben sollte dabei nach meiner Ansicht ganz oben auf der Liste stehen: die Digitalisierung der Verwaltung von Bund, Ländern und Gemeinden. Denn Deutschland bietet nach wie vor kaum durchgängig digitale Verwaltungsdienstleistungen für Bürger und Unternehmen an und ist hier im internationalen Maßstab weit abgeschlagen.“

DR. UWE SCHROEDER-WILDBERG
Vorstandsvorsitzender der MLP SE



Viel zu lange haben wir in Deutschland Digitalisierung und KI als eine Aufgabe betrachtet, um die man zwar nicht herumkommt, die aber nicht unbedingt oberste Priorität hat. Das gilt für die Wirtschaft ebenso wie für die öffentliche Hand – Ausnahmen bestätigen die Regel. Nun liegen die Hoffnungen auf dem 500-Mrd.-Euro-Paket für die Modernisierung der Infrastruktur. Ein Vorhaben sollte dabei nach meiner Ansicht ganz oben auf der Liste stehen: die Digitalisierung der Verwaltung von Bund, Ländern und Gemeinden. Denn Deutschland bietet nach wie vor kaum durchgängig digitale Verwaltungsdienstleistungen für Bürger und Unternehmen an und ist hier im internationalen Maßstab weit abgeschlagen.

Seit 2014 überwacht die EU den digitalen Fortschritt in den 27 Mitgliedstaaten mit Hilfe des Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI). Bei der letzten Erhebung 2023 erreichte die Bundesrepublik nur Platz 18, vor allem wegen des langsamen Glasfaserausbaus und der unzureichenden Digitalisierung der Verwaltung. Noch schlechter mit Platz 24 schneidet unser Land beim Thema e-Government ab.

Gründung des BMDS überfällig

Dass die neue Bundesregierung die Versäumnisse der Vergangenheit zumindest erkannt hat, zeigt die Errichtung des „Ministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung“ (BMDS) und die Ernennung des früheren Ceconomy-Managers Karsten Wildberger zum ersten Digitalminister. Er ist um seine neue Aufgabe nicht zu beneiden: Nicht nur, dass längst der Verteilungskampf um das 500 Mrd. Euro schwere Infrastrukturpaket unter den Ressorts ausgebrochen ist (es wollen ja auch zahllose Straßen

und Brücken saniert werden). Allzu häufig sind Digitalisierungsmaßnahmen auch am Kompetenzgerangel von Ministerien, Behörden und Bundesländern zerrieben worden.

Deshalb ist es richtig, dass das neue Ministerium mit echten Kompetenzen ausgestattet ist. So müssen fünf weitere Bundesministerien Zuständigkeiten an das BMDS abgeben, das zudem einen Zustimmungsvorbehalt für alle IT-Investitionen des Bundes hat. In jedem Fall ist es der bisher konsequenteste Versuch, Deutschland „digitaler, schneller und unbürokratischer“ zu machen, wie es in der Selbstbeschreibung des BMDS heißt.

Es wird Zeit: Ob Beantragung eines neuen Passes, Ummeldung einer Wohnung oder Verlegung eines Firmensitzes – kaum ein im Grunde recht banaler Verwaltungsakt kommt ohne die erhebliche Beanspruchung von Zeit und Geld der Bürger und Unternehmen zustande. Fehlende Vernetzung der Behörden, unzureichende Datenbasen und übertriebener Datenschutz im besonders auf Sicherheit bedachten Deutschland treiben Bürger und Wirtschaft nicht selten zur Verzweiflung. Ein eklatantes Beispiel war die Datenerhebung für die umstrittene Grundsteuerreform, bei der die Finanzbehörden eine Flut von Daten bei Bürgern und Unternehmen abfragten, die den Behörden längst vorlagen.

Nicht nur eine Frage des Geldes

Die lesens- und lobenswerte Studie der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“, der unter anderem der frühere Bundesinnenminister Thomas de Mazière und der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, angehören, macht darauf aufmerksam, dass Digitalisierung nicht allein eine Frage des Geldes ist. Es muss sich auch in den Köpfen etwas ändern. „Noch immer“, so heißt es, „sind Behörden geprägt von einer starken Absicherungsmentalität, von Silo- und Ressortdenken, hohem Perfektionsanspruch und insgesamt zu wenig Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme.“ Dabei müssten die Amtsstuben ein großes Eigeninteresse an der digitalen Transformation haben. Denn, so stellt die Initiative ferner fest: „Ohne eine digitale Verwaltung wird auch der Personalmangel in den Behörden nicht zu bewältigen sein.“

Oft werden die baltischen Staaten als leuchtendes Vorbild für eine effiziente digitale Verwaltung genannt. In der Tat können zum Beispiel in Estland nahezu alle staatlichen Dienstleistungen online erledigt werden, den elektronischen Personalausweis gibt es bereits seit 2001. In diese Richtung geht auch Wildbergers BMDS: Von einem „Bürgerkonto in Verbindung mit einer digitalen Identität“ ist die Rede, die den Gang zum Amt zur Ausnahme werden lässt.

Schlechte Prozesse bleiben auch in digitaler Form schlecht

Wünschenswert wäre ein Portal, auf dem Bürgerinnen und Bürger ihre wesentlichen hoheitlichen Angelegenheiten auf einen Blick erfassen und sicher und bequem von zuhause aus managen können. Genau diese Idee beschäftigt in ihrem Feld auch viele Finanzdienstleister, die den individuellen Vermögensstatus digital für ihre Kunden abbilden wollen. Auch hier sollte es aber gleich konsequent erfolgen, damit das Angebot für den Kunden tatsächlich nutzenstiftend ist. Das bedeutet: Geldanlagen UND Versicherungsverträge müssen erfasst sein (bei MLP heißt diese App „Financial Home“ [MLP Financial Home](#)).

Die Pläne des neuen Digitalministeriums sind wahrscheinlich das anspruchsvollste Vorhaben der neuen Bundesregierung, das in seiner Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands vielleicht sogar unterschätzt wird. Digitalisierungsprozesse allein reichen natürlich nicht aus. Es gilt, regulatorische Prozesse zu minimieren und zu vereinfachen – und dann zu digitalisieren. Nur so wird die proklamierte „Staatsmodernisierung“ am Ende auch gelingen. Bürger und Unternehmen sollten dem neuen Digitalminister viel Erfolg wünschen.